

**Protokoll**

über die 2. Sitzung 2017  
des **Fachausschusses Bildung** des Beirates Huchting,  
am Dienstag, dem 28.11.2017,  
im Ortsamt Huchting,  
Franz-Löbert-Platz 1, 28259 Bremen

<b><u>Anwesend:</u></b> vom Ortsamt	Herr Schlesselmann, Herr Viohl
vom Beirat	Herr Bries, Frau Cikryt (ab 18:15 Uhr), Herr Hamen, Frau Horn, Frau Jahnke, Frau Meier-Batraw, Frau Wargalla, Herr Wehrmann
entschuldigt	Herr Redder
Gäste	Frau Büsing (Alexander-von-Humboldt-Gymnasium) Herr Kaschub (Oberschule Hermannsburg) Frau Gerber (Roland-zu-Bremen-Oberschule) Frau Konrad (Grundschule Grolland) Frau Bode-Kirchhoff (Grundschule Robinsbalje), Frau Brandt (Grundschule Delfter Straße), Frau Rauer (Grundschule Kirchhuchting),

Die Sitzung wird um 18.05 Uhr mit der Begrüßung der Gäste und der Mitglieder des Fachausschusses eröffnet.

Die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Das Protokoll der 1. Sitzung 2017 wird genehmigt.

Zu der mit der Einladung versandten Tagesordnung wird gewünscht, einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Bauarbeiten an der Grundschule an der Delfter Straße mit aufzunehmen. Der Antrag ging erst einen Tag vor der Sitzung ein, er soll daher bei der Beiratssitzung am 18.12.17 behandelt werden. Die Tagesordnung lautet wie folgt:

**Tagesordnung:**

1. Kooperation der Schulen mit dem Beirat/Ortsamt
2. Lage der Assistenzen in den Schulen
3. Verschiedenes

### **TOP 1 Kooperation der Schulen mit dem Beirat/Ortsamt**

Politikverdrossenheit und Protestwähler werden mehr, vor allem bei Jugendlichen ist ein Desinteresse am politischen Geschehen festzustellen. Bei der letzten Bundestagswahl gab es Bereiche in Huchting, die einen AfD-Wähleranteil von mehr als 26 % hatten. Es wird überlegt, wie man gegensteuern kann. Um Interesse an der Ortspolitik zu wecken, wird vorgeschlagen, jeweils eine Klasse mit Lehrer an Beirats- oder Jugendbeiratssitzungen teilnehmen zu lassen oder auch Info-Veranstaltungen des Beirats in den Schulen durchzuführen.

Frau Büsing berichtet, dass es im Alexander-von-Humboldt-Gymnasium in der 5./6. Klasse Unterricht über Länder, Wahlen, und die Ordnung in Deutschland gebe, ab der 8. Klasse finde Politikunterricht statt. In der 9. Klasse gebe es das Wahlpflichtfach Politik, was sich für einen Besuch einer Beiratssitzung anbieten würde. Sie schlägt vor, dass der Beirat in die Schule kommt oder, wenn es ein für Schüler interessantes Thema gibt, dass eine Klasse mit Lehrer zu einer Beiratssitzung kommt. Herr Kaschub teilt mit, dass es in der 5. Klasse der Oberschule Hermannsburg eine Unterrichtseinheit über Deutschland gebe, ab dem 9. Jahrgang werde genauer auf Wahlen und Politik eingegangen, das regionale Geschehen werde weniger betrachtet. Er kann sich vorstellen, eine Klasse an einer Beiratssitzung teilnehmen zu lassen, mahnt jedoch, dass die Gesprächskultur im Beirat für Schüler\*innen abschreckend sein könne. Als Antwort auf die Politikverdrossenheit habe seine Schule an der Juniorwahl teilgenommen. Frau Gerber von der Roland-zu-Bremen-Oberschule ergänzt, dass eine Teilnahme an einer Beiratssitzung nur Sinn mache, wenn ein Thema behandelt wird, das die Schüler betrifft.

Der Fachausschuss begrüßt eine Einladung an den Wahlpflichtkurs des Gymnasiums, andere Klassen und Schulen sollten aber nicht außer Acht gelassen werden. Der späte Beginn (19:00 Uhr) einer Beiratssitzung könnte für Schüler\*innen problematisch sein. Daneben wird eine gemeinsame Sitzung des Beirats mit dem Jugendbeirat vorgeschlagen. Dazu müssten Themen gesammelt werden. Der Jugendbeirat könnte in den Schulen nachfühlen, was dort zurzeit interessant ist. Außerdem könnten die Protokolle und Einladungen des Jugendbeirats in den Schulen ausgehängt werden. Und schließlich könnte der Beirat noch häufiger in den Schulen tagen. Der Fachausschuss will die Ideen aufgreifen.

### **TOP 2 Lage der Assistenzen in den Schulen**

Die Schul- und ZUP-Leiter\*innen der Huchtinger Schulen (siehe Gäste) berichten über die zum Teil unterschiedliche Ausstattung mit Assistenzen zur Betreuung von Schüler\*innen mit erhöhtem Förderbedarf. Bei den weiterführenden Schulen sind aktuell keine Vakanzen, bei den Grundschulen ist die Situation zum Teil dramatisch. Die Gründe liegen vor allem am trägerbasierten System. Träger wie Martinsclub oder Assistenzgenossenschaft bieten eine schlechte Bezahlung für Assistenzen. Es fehlt an Unterstützung aus der Schulbehörde, der hohe administrative Aufwand bei der Antragstellung und oft lange Bearbeitungszeiten führen zu verkürzter Beschulung und Unterrichtsausfall. Die Probleme werden ausführlich von den Schul- und ZUP-Leitungen geschildert. Der Fachausschuss fasst folgenden Beschluss:

**Beschluss:** (einstimmig)

**Der Beirat Huchting fordert,**

- **vakante Assistenzstellen unverzüglich zu besetzen.**
- **Anerkennung von Assistenzbedarfen zu erleichtern und beschleunigen.**
- **administrativen Aufwand bei der Antragstellung auf Assistenzen zu minimieren**
- **Dokumentationsaufwand für Assistenzkräfte hinsichtlich der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen.**
- **die Beschulung aller Kinder mit Wahrnehmungs- und Entwicklungsstörungen sicherzustellen. Ein Unterrichtsausfall oder eine verkürzte Beschulung wegen fehlender Assistenzen ist unbedingt zu vermeiden.**
- **nur qualifizierte und geeignete Assistenzkräfte einzusetzen.**
- **Schulen bei der Auswahl der Assistenzkräfte einzubeziehen.**
- **einen fließenden Übergang mit denselben, persönlichen Assistenzkräften von der Kindertagesstätte in die Schule zu ermöglichen.**
- **fachliche Unterstützung in Bezug auf Assistenzkräfte für die Schulen seitens der Schulaufsicht.**
- **einen Wechsel vom trägerbasierten System, Gestellung von Assistenzen durch verschiedene Dritte, hin zur Einstellung der Assistenzkräfte bei der senatorischen Behörde für Kinder und Bildung.**
- **die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und tarifliche Bezahlung für Assistenzkräfte.**

Begründung:

Die Probleme im Bremer Schulsystem sind offenkundig. Verzögerungen bei Schulbauten, fehlende Voraussetzungen für die Ganztagsbeschulung wie beispielsweise eine Mensa für die Grundschule Delfter Straße, obwohl die Schule bereits auf den Ganztagsbetrieb umgestellt worden ist sowie prekäre Situationen an Schulen – auf den Beschluss des Fachausschusses Bildung des Beirates Huchting vom 30.05.2017 zum Thema „Situation an Huchtinger Schulen“ wird ausdrücklich verwiesen, führen zu negativen Lernbedingungen und zu erheblichen, nicht vertretbaren Belastungen für Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Schulleitungen und Lehrkräfte.

Aufgrund der katastrophalen Lage an den Schulen in Bezug auf die mangelhafte Versorgung mit Assistenzkräften fährt man unweigerlich auch das Thema Inklusion an die Wand. Wegen fehlender Assistenzkräfte müssen die Schulen mit viel Aufwand, Einsatz und Improvisation diese Probleme auffangen. Manche Kinder können ohne Assistenz nicht zur Schule kommen. Es kommt aktuell sogar zeitweise zu einer verkürzten Beschulung, so dass Schüler\*innen mittags quasi nach Hause geschickt werden müssen!

Stellen können in der Regel nur unter großen Schwierigkeiten besetzt werden und sind bedingt durch eine äußerst hohe Fluktuation immer wieder vakant. Das gilt besonders für Stellen an Schulen in prekärer Lage wie unseren Huchtinger Schulen. Die Stellen sind für Bewerber\*innen wenig attraktiv, weil Bedarfe, Anforderungen und die Arbeitsbelastungen extrem hoch sind. Arbeitsbedingungen und Bezahlung sind dagegen nicht angemessen. Eine Teilzeitbeschäftigung oder ein geringes Gehalt trotz entsprechender Qualifikation verhindern die adäquate Besetzung von Assistenzstellen.

Persönliche Assistenzen, die sich um ein einzelnes Kind mit entsprechendem Bedarf oder um verhaltensauffällige Schüler\*innen kümmern, sind nicht zu finden oder blei-

ben häufig nicht dauerhaft, sondern vollziehen einen Wechsel aufgrund der sehr anstrengenden Tätigkeit.

Qualifizierte Assistenzkräfte sind zurzeit nicht verfügbar. Sie haben bei Stellenausschreibungen die Auswahl und übernehmen eher solche, bei denen sie bessere Rahmenbedingungen vorfinden oder welche ihren persönlichen Neigungen entgegen kommen. Wie bereits geschildert ist die Fluktuation immens und qualifiziertes Personal wandert ab. Wechsel finden sogar während des laufenden Schuljahres statt. Die Vertretung ist häufig nicht sichergestellt. Das ist besonders für die betroffenen Schülerinnen und Schüler unzumutbar und wirkt auf ihre Entwicklung destabilisierend.

Auch der Wechsel von Assistenzen beim Übergang von der Kindertagesstätte zur Schule stellt für die betroffenen Schüler\*innen eine Stresssituation dar, die für ein Ankommen in der Schule hinderlich ist und unbedingt im Interesse der Schüler\*innen vermieden werden muss.

Der Wechsel von Assistenzen als Bezugspersonen ist für die Schüler\*innen ein ernstes Problem.

Die Dokumentationspflichten der Assistenzen sind sehr umfangreich und binden viel Zeit. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit muss dringend überprüft werden, damit Assistenzen ihren eigentlichen Aufgaben nachgehen können.

Des Weiteren ist der administrative Aufwand für den Antrag auf eine Assistenzkraft sehr hoch. Das Verfahren ist komplex und langwierig. Die Ergebnisse sind dagegen häufig unbefriedigend. Träger entsenden zunehmend nicht oder nicht ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte. Fehlende Fachkompetenzen sind im Hinblick auf die wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion inakzeptabel.

Die Schulen, in deren Kollegium und Organisation die Assistenzen integriert werden müssen, werden in keinsten Weise bei der Auswahl des Personals berücksichtigt. Die integrierte Kooperation und Zusammenarbeit sind jedoch von elementarer Bedeutung für Schüler\*innen und die Schule.

Die Schulen müssen daher bei der Auswahl des Personals unbedingt einbezogen werden.

Die Abstriche bei der Qualifikation führen selbstverständlich zu einem nicht hinnehmbaren Qualitätsverlust, der nicht mit dem Interesse der Schüler\*innen vereinbar ist.

**Um diesen Problemen und negativen Entwicklungen entgegen zu wirken und die Inklusion nicht scheitern zu lassen, ist ein Systemwechsel unausweichlich. Assistenzkräfte für Kindertagesstätten und Schulen müssen wieder bei der senatorischen Behörde für Kinder und Bildung eingestellt werden. Nur so können durch angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung anerkannt attraktive Stellen angeboten werden, die in Zukunft verlässlich und dauerhaft besetzt werden können.**

**TOP 3 Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

gez.  
Bries  
(Fachausschusssprecher)

gez.  
Viohl  
(Vorsitz/Protokoll)